

# Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

## 2004 – Verantwortung beweisen!

**Am 11. Dezember beriet der Rat der Stadt Gladbeck den Haushalt für das Jahr 2004. Nachfolgend die Stellungnahme unseres Fraktionsvorsitzenden Mario Herrmann, die er als Rede in den Haushaltsberatungen gehalten hat:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im vergangenen Jahr hatte ich meine Stellungnahme zum Etat mit vier Fragen eingeleitet, die im Kern wissen wollten, ob der Gladbecker Rat vor dem Hintergrund dramatisch verschlechterter finanzieller Rahmenbedingungen zu verantwortungsbewusstem Handeln in der Lage sein werde. Es zeigte sich damals, dass er es mit großer Mehrheit nicht war. Alle Möglichkeiten zur Verbesserung des Ergebnisses, egal ob sie von meiner Fraktion oder von anderen ins Spiel gebracht wurden, scheiterten.

In diesem Jahr zeigen die roten Pfeile in den Haushaltsstatistiken des Kämmersers noch einmal weiter nach oben, die schwarzen nach unten. Im vergangenen Jahr klang die Inkaufnahme des massiven Defizits durch die Ratsmehrheit zumindest noch nach einer bewussten, trotzigem Provokation. In diesem Jahr scheint sie einem weit reichenden Fatalismus gewichen zu sein. Anders lässt sich die aufgeregte Debatte im Haupt- und Finanzausschuss kaum noch erklären.

In den letzten Etatberatungen vor der Kommunalwahl soll noch einmal der Eindruck erweckt werden, dass – egal wie auch immer die Großwetterlage aussieht – für alle realen und vermeintlichen Interessen in dieser Stadt ausreichend Geld zur Verteilung ansteht. Dabei wird die Komplexität des Zahlenwerks „Städtischer Haushalt“ geschickt eingesetzt, um den Gladbecker Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen zu streuen. Dies will ich im folgenden belegen.

Nachdem während der Beratung des Haupt- und Finanzausschusses in der vergangenen Woche zehn Stunden lang Beschluss für Beschluss durch die Mehrheit Kürzungen im Verwaltungsentwurf zurückgenommen und neue Ausgaben in Angriff genommen wurden, durfte die Kämmerei am Ende verkünden, dass es gelungen sei, den Fehlbedarf in 2004 um fast 1,7 Millionen Euro zu senken. Wahrlich, ein Wunder von nahezu biblischem Ausmaß!

Schamhaft wurde natürlich verschwiegen, dass allein durch erhöhte Einnahmeerwartung der Verwaltung bei den Schlüsselzuweisungen und der Einkommensteuer das Ergebnis um über 2,7 Millionen Euro verbessert wurde. Anstatt aber – wie es vernünftig gewesen wäre – diesen Geldsegen zu einer Verminderung des Fehlbetrags einzusetzen, kam er Ihnen gerade recht, um wei-

tere Ausgaben aus dem umfangreichen Wunschkonzert der großen Fraktionen zu etatisieren.

Entlarvend waren auch die ständigen Wasserstandsmeldungen im Laufe der Beratungen, wie viel Spielraum denn für neue Ausgaben vorhanden sei. Der Kämmerser hat dies sehr präzise auf den Punkt gebracht: Anstatt sich zu bemühen, möglichst den Abstand zu den schwarzen Zahlen zu verringern, waren die Beratungen der großen Fraktionen von der Frage geprägt, wie viel Spielraum denn der Dispositionskredit noch bieten, bevor die eingereichten Schecks bei der Bank – sprich der Finanzaufsicht – platzen. Ein solcher Umgang mit öffentlichen Geldern hat mit Seriosität nicht einmal mehr entfernt etwas zu tun!

Dankenswerterweise hat die Verwaltung meinem Wunsch entsprochen und stellt in ihrer Vorlage für die heutige Sitzung die Ergebnisse der Etatberatungen differenziert dar. Dieses Abschlussbild sagt präzise aus, dass der Fehlbedarf im Etat 2004 per Saldo

- durch die Änderungsvorschläge der Verwaltung um



Vorsitzender der grünen Ratsfraktion: Mario Herrmann

### Themen in dieser Ausgabe:

- Haushaltsrede
- Mut zu Reformen
- Gewerbesteuern Hegestraße
- Suchttherapiezentrum Brauck

### In dieser Ausgabe:

2004 – Verantwortung beweisen!	1
GRÜNE fordern mutige Reformen zum Schuldenabbau	3
Gesundheitsprojekte: 27 Mio. Euro für Gladbecker Süden	3
Grüne lehnen Hegestraße ab	4
Neue Online-Publikationen	4
Grün wünscht frohe Weihnacht!	5

fast 1,9 Millionen gesenkt

- durch die Änderungen der Fraktionen jedoch wieder um über 280.000 Euro erhöht

worden ist.

Als sei dies nicht schlimm genug, haben die großen Fraktionen weitere kostspielige Großtaten im Haushalt untergebracht. Hierzu haben sie das Mittel der Verpflichtungsermächtigungen missbraucht. Sinn und Zweck einer Verpflichtungsermächtigung ist eigentlich sicherzustellen, dass für einmal begonnene mehrjährige Maßnahmen, z.B. Straßenbauprojekte, auch in den Folgejahren ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Sie aber setzen ohne mit der Wimper zu zucken Verpflichtungsermächtigung als Mittel zur Selbstvergewisserung ein und geben damit dem künftigen Rat eine schwere Hypothek mit auf den Weg. Betrug die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen im Entwurf der Verwaltung (1. Änderungsverzeichnis) bereits rund 3,6 Millionen Euro, so haben sie weitere 2,7 Millionen draufgesetzt.

Der Teil der Mitglieder dieses Hauses, der im Herbst 2004 ausscheidet, wird sich also gemütlich in die Zuschauerreihen setzen können und zusehen, wie unter vermutlich kaum besseren Rahmenbedingungen seine Nachfolger im künftigen Rat nächstes Jahr hier ihre ungedeckten Schecks abarbeiten. Wir beteiligen uns an dieser Art Haushaltspolitik nicht. Wir werden unsere Absichtserklärungen für die Kommunalpolitik der nächsten Jahre in unser Wahlprogramm schreiben und nicht in den städtischen Etat.

Trotz fast 10 Millionen Euro neuer Kredite, trotz eines Fehlbetrags von 16,6 Millionen Euro gibt es keine Bereitschaft Ihrerseits heilige Kühe zu schlachten. Während wir finanzpolitisch seit einem Jahr

weitgehend handlungsunfähig sind, sitzen Sie weiterhin auf Ihrem so genannten „Tafelsilber“. Im letzten Jahr warfen Sie uns vor, man könne sich doch angesichts der aktuell niedrigen Erlöserwartungen jetzt nicht von Aktienbesitz trennen. Ich hoffe, dass man im Rathaus die Kursentwicklungen genau im Auge behält. Wenn das so ist, dann ist Ihnen auch bekannt, dass die Tendenz weiter nach unten zeigt. Irgendwann werden Sie diese Aktien als Schmierpapier in der Verwaltung verteilen, weil es billiger ist als neu gekauftes.

Mit einem weiteren Konsolidierungsansatz ist die Verwaltung in diesem Jahr an den großen Fraktionen gescheitert. Der Verkauf großer Anteile an der GWG hätte eine außerordentliche Tilgung von Alt-schulden in Höhe von 10 Millionen Euro bedeuten können. So wichtig ein städtischer Wohnungsbaukonzern in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg für die Sicherstellung ausreichenden und bezahlbaren Wohnraums war, so überflüssig ist ein kommunales Engagement in diesem Sektor im Jahre 2004. Wir haben seit Jahren konstant einen sogenannten „Mietermarkt“ im Wohnungsbereich. Wer eine Wohnung in unserer Stadt mieten will, hat die Qual der Wahl und beste Chancen, mit potenziellen Vermietern zu feilschen und günstige Mietpreise zu erzielen. Das Angebot übersteigt bei weitem den Bedarf, was auch an verändertem Wohnverhalten mit starker Ausweitung des Eigenheim-

und Eigentumswohnungssektors liegt.

Nachdem die SPD bei der ersten Beratung im HFA bereits unverhohlen angekündigt hat, dass sie bei einem beabsichtigten Verkauf von GWG-Anteilen kräftig Stimmung machen und Unruhe unter der Mieterschaft erzeugen würde, hat die CDU offenbar Angst vor der eigenen Courage bekommen und ihren Bürgermeister im Regen stehen lassen. Dabei hat noch niemand plausibel

machen können, was an einem Mietverhältnis mit der GWG so grund-

sätzlich anders ist als dem mit einem anderen großen Wohn-

konzern. Für alle gelten die gleichen gesetzlichen Bestimmungen und alle haben sich daran zu halten. Aber gegen sozialdemokratische Kommunalpolitiker, die in grellen Farben die schreckliche Zukunft der GWG-Mieter an die Wand malen, ist wohl mit Sachargumenten kaum anzukommen, und die CDU hat davor kapituliert.

Etatberatungen als Wunschkonzert, Verweigerung von Konsolidierung, Schulden machen bis zur absoluten Grenze: Sie werden sich nicht wundern, dass wir diesem Haushalt unsere Zustimmung verweigern.

Aber wir geben keinesfalls auf. Wir werden auch in 2004 viele Anstöße geben, die eine Verbesserung der finanziellen Situation zum Ziel haben. Wir werden mit Ihnen über die Frage diskutieren, ob ein zentrales kommunales Immobilienmanagement nicht besser und

kostengünstiger die städtischen Gebäude warten und verwalten kann als jedes Amt für sich. Ob sich dadurch unerwartete Sanierungsfälle wie beim Übergangshaus an der Frentroper Straße oder beim Kindergarten in Gladbeck Ost nicht frühzeitig erkennen und beheben lassen. Wir werden mit Ihnen darüber reden, ob wir nicht ein permanentes Gremium aus Rat und Verwaltung mit der Suche nach Wegen aus der Finanzmisere beauftragen sollen.

Lassen Sie mich abschließend noch ein paar Worte zur Entscheidung des Wirtschaftsförderungs- und Grundstücksausschusses von heute morgen sagen: Nach Würdigung aller wirtschaftspolitischen, ökologischen und finanziellen Fakten halten wir das Festhalten am geplanten Gewerbegebiet Hegestraße für falsch. Hier werden vor dem Hintergrund einer völlig spekulativen Einnahmeerwartung aus Grundstücksverkäufen von 2,5 Millionen Euro zunächst – ohne Einberechnung der Zinslasten – 5 Millionen Euro öffentliche Mittel in den Sumpf gesetzt. Den Menschen in unserer Stadt ist es relativ wurscht, ob es sich um Mittel des Landes, des Kreises oder der Stadt handelt: Letztlich entstammen diese Gelder allesamt ihren Brieftaschen. Wir brauchen eine einheitliche Planungsinstanz für das Ruhrgebiet, und nicht etwa einen ruinösen interkommunalen Wettbewerb, der dazu zwingt, noch die letzte Feuchtwiese in einer dicht besiedelten Stadt wie Gladbeck in ein Gewerbegebiet umzuwandeln. Und der Eiertanz der SPD hat zwar letztlich nichts geändert, aber zeigte zumindest, dass auch in anderen Fraktionen diese Erwägungen Raum finden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

→ [mehr Daten und Fakten zum Haushalt im Netz](#)



## GRÜNE fordern mutige Reformen zum Schuldenabbau

**(01.12.2003) "Gladbeck bräuchte einen Stabilitäts-pakt", konstatiert der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Mario Herrmann. Am Wochenende berieten die Grünen den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr.**

"Die Neuverschuldung liegt inzwischen bei gut 7 Prozent", zeigt sich Herrmann besorgt über den stetig ansteigenden Schuldenstand der Stadt. Im nächsten Jahr wird die Stadt 41 % ihres Vermögenshaushaltes allein für die Tilgung von Krediten aufbringen, also bereits genauso viel wie für Neuinvestitionen.

"Diese Schuldenlast wird von den großen Parteien aber nach wie vor völlig ignoriert", so Herrmann. "CDU und SPD sitzen weiter in ihren Wolkenkuckuckshäusern und schreiben fleißig an ihren Wunschzetteln". Bereits im vergangenen Jahr hätte sich die Ratsmehrheit ihrer Verantwortung zur Konsolidierung des Haushalts entzogen und damit dem Kreis als Kommunalaufsicht den schwarzen Peter zugeschoben.

"Vor dem Hintergrund der an-

gespannten Haushaltslage haben wir uns auf wenige Änderungsvorschläge beschränkt", so der Grünenpolitiker. So wolle man die Entgeltumwandlung als attraktive Alternative zur privaten Altersvorsorge stärker bewerben und damit Einsparungen bei den Lohnnebenkosten erzielen. Außerdem fordern die Grünen, den Millionetat für die kommunale Stromversorgung, der bisher freihändig an die ELE vergeben wird, öffentlich auszuschreiben. Auch hierdurch erwarten die Grünen erhebliche Einsparungen.

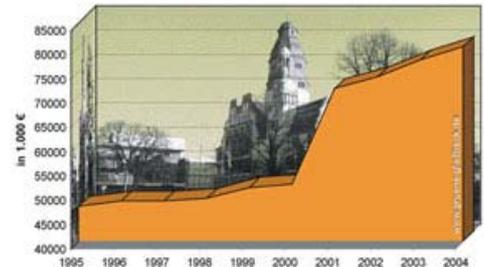
Ohnehin wolle man zukünftig noch stärker auf Wettbewerb setzen. "Benchmarking" ist das grüne Schlagwort für die kommenden Jahre. "Wir brauchen transparentere Leistungsvergleiche in allen Bereichen", fordert Herrmann. Auch die Verwaltung müsse sich zukünftig dem Wettbewerb stellen und im Vergleich mit anderen Städten ihr effizientes Wirtschaften unter Beweis stellen. Hierzu gibt es sogenannte Vergleichsringe, denen sich die Stadt anschließen kann.

Auch weitere Umstrukturierungen der Verwaltung stellen die

Grünen in Aussicht. "Die Gründung und Auslagerung eines Immobilienservicebetriebs ist für uns durchaus denkbar", so Herrmann. Dieser solle zukünftig zentral und kosteneffizient alle kommunalen Gebäude und Liegenschaften bewirtschaften. An einem entsprechenden Arbeitsauftrag an die Verwaltung arbeiten die Grünen bereits.

"Wenn die Ratsmehrheit aber erneut keinen Willen zum Schuldenabbau zeigt, werden wir den Haushalt wie im letzten Jahr ablehnen", kündigt Herrmann an. Ohnehin sei auch der vorliegende Haushalt mit seinem Fehlbetrag von 18 Mio. Euro nicht genehmigungsfähig. "Genau wie auf Bundesebene bräuchten wir mutige Reformanstrengungen, um mittelfristig unsere Gestaltungsfähigkeit zurückzugewinnen", fordert der Fraktionsvorsitzende. Diese Einsicht sei bei den großen Fraktionen jedoch nicht zu erkennen.

Schuldenstand



→ [alle Graphiken im Netz](#)

*„Im nächsten Jahr wird die Stadt 41 % ihres Vermögenshaushaltes allein für die Tilgung von Krediten aufbringen.“*

## Gesundheitsprojekte: 27 Mio. Euro für Gladbecker Süden

**(15.11.2003) Zu den geplanten Investitionen in ein Gesundheitskompetenzzentrum im Stadtteil Brauck nimmt Stadtverbandssprecher Bernd Lehmann für Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Stellung. "Die Entwicklung des Standortes an der Braucker Straße ist ein großer Erfolg für die lokale Wirtschaftsförderung", bewertet Lehmann die Ansiedlung der beiden REHA-Zentren.**

Das "Deutsche Integrative Reha-Zentrum" und das "Suchttherapiezentrum Ruhrgebiet" seien derzeit die größten Einzelinvestitionsvorhaben in Gladbeck. "Durch die beiden

Projekte fließen gut 27 Mio. Euro in den Braucker Süden", freut sich Lehmann über die privaten Investitionen in den Stadtteil mit besonderen Erneuerungsbedarf. Der Gesundheitsmarkt sei einer der Zukunftsmärkte in Deutschland mit großem Wachstumspotenzial. Mit den Projekten werden rund 135 neue Arbeitsplätze geschaffen. "Bei einer Arbeitslosenquote von rund 15 % ist das ein wichtiges und ermutigendes Signal", so Lehmann.

Beide Investitionsvorhaben böten auch der Wirtschaft vor Ort sowie dem Einzelhandel günstige Perspektiven und

würden so zur Belebung des Arbeitsmarktes beitragen. Es sei nicht unwahrscheinlich, dass dadurch der Standort Brauck für weitere Investoren interessant werde und der Stadtteil so nachhaltig gestärkt wird.

"Die Verunsicherung der Braucker Bürger gegenüber dem geplanten Suchttherapiezentrum müssen wir jetzt mit breiten, sachlichen Informationen ausräumen", reagiert der Grünenpolitiker auf die Fragen, die aus der Bevölkerung aufgeworfen wurden.

→ [weiter lesen im Netz](#)



Therapiegespräch unter ärztlicher Anleitung

## GRÜNE lehnen Gewerbegebiet Hegestraße ab

**(01.12.2003) Die Grünen lehnen das geplante Gewerbegebiet "Hegestraße" auf dem Sumpfgelände östlich der A 31 endgültig ab. Dies beschloss die Ratsfraktion nach eingehender Beratung auf ihrer Haushaltsklausur am vergangenen Wochenende.**

Nachdem die Verwaltung in der Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses am vergangenen Donnerstag (27.11.) einen überarbeiteten Finanzplan zur Baureifmachung des sumpfigen Geländes vorgelegt hatte, hielten die Grünen eine kritische Reflexion des Projektes für unabdingbar. "Die Risiken des Projektes werden einfach zu groß", begründet der Vorsitzende der grünen Ratsfraktion, Mario Herrmann, die Entscheidung, die ihm nicht leicht gefallen sei. Das Bauleitplanverfahren zur Ausweisung der Gewerbeflächen sei damals nur unter der Prämisse eingeleitet worden, dass die erheblichen Mehrkosten aufgrund der schwierigen Erschließung des Geländes durch Zuschüsse kompensiert werden.

"Der neue Finanzplan ist wenig überzeugend", so Herrmann. Da würden Fördermittel wegbrechen, die kurz zuvor auf Anfrage der Grünen im Stadtplanungsausschuss noch angekündigt wurden. Da würden Einnahmen aus Grundstücksverkäufen plötzlich erhöht, ohne hierfür eine ersichtliche Begründung zu liefern. Da steigen Kosten für den Ausgleich der erheblichen Umwelteinträge von 0,5 auf 0,8 Mio. Euro um 60 % an. "Mit 70 Mio. Euro Schulden im Nacken, dürfen wir es nicht riskieren, Steuergelder in den Sumpf zu setzen", weist Herrmann auf die Unabwägbarkeiten der Planung hin. Dies gelte natürlich auch für EU- und Landesgelder.

Der Ausstieg aus dem Projekt Hegestraße bedeute aber selbstverständlich nicht den Ausstieg aus der kommunalen Wirtschaftsförderung. "Wir werden uns für eine effiziente Verwendung der verfügbaren Mittel einsetzen", betont Herrmann. Hierzu müssten die VEW-Mittel des Kreises, die in der Hegestraßenmaßnahme

gebunden wurden, in andere Maßnahmen zur Stärkung der örtlichen Wirtschaft umgeleitet werden. Vor dem Hintergrund der geplanten Verkaufsfächenausweitung des Centros könnten Maßnahmen zur Sicherung des Standortes Innenstadt getroffen werden. Auch Schritte zum Aufbau der "Kleinen Mitte Butendorf" seien beispielsweise vorstellbar.

Vom Kirchturmdenken müsse man sich jedoch verabschieden. "Gladbecker Arbeitnehmer arbeiten auch in Essen, Bottrop oder Gelsenkirchen", weiten die Grünen den Blick für die Ruhrstadt. Als kompakte, dicht besiedelte Stadt hätte Gladbeck nun mal keine größeren Freiflächenreserven. "Unsere eng gefassten Stadtgrenzen dürfen nicht der einzige Grund sein, weshalb man auf Teufel komm raus für Millionenbeträge einen Sumpf trocken legt", so der Grünenpolitiker. Hier sei die angestrebte Emscher-Lippe-Allianz, also die Zusammenarbeit aller Städte in der Region, die vernünftige und zukunftsweisendere Herangehensweise.



Der geplante Gewerbepark soll das Innovationszentrum Wiesenbusch ergänzen. Das Areal rechts auf dem Foto jenseits der Autobahn an.

*„Mit 70 Mio. Euro Schulden im Nacken dürfen wir es nicht riskieren, Steuergelder in den Sumpf zu setzen!“*

## GRÜNE Zeitschriften einfach im Netz abrufen

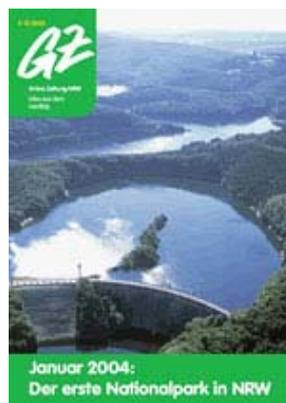
Die aktuelle Ausgabe der „schrägstrich“ mit Themen-schwerpunkt Europa.

→ [hier runterladen](#)



Die „Grüne Zeitung“ ist die monatliche Informationszeitschrift für Nordrhein-Westfalen

→ [hier runterladen](#)



Reform von Studium und Lehre an den NRW-Hochschulen im internationalen Kontext.

→ [hier runterladen](#)





*Bündnis 90 / DIE GRÜNEN  
Gladbeck*

---

V.i.S.d.P. Bernd R. Lehmann  
Stadtverbandssprecher  
Rentforter Straße 43 a  
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12  
Fax: 0 20 43 / 2 17 76  
E-Mail: [info@gruene-gladbeck.de](mailto:info@gruene-gladbeck.de)

***Grün wirkt!***

---

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ  
UNTER  
[WWW.GRUENE-GLADBECK.DE](http://WWW.GRUENE-GLADBECK.DE)

---

**Zu diesem Newsletter:**

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** [gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de](mailto:gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de)

→ **abmelden:** [gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de](mailto:gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de)

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

*Wir wünschen frohe  
Weihnachten und einen  
guten Rutsch ins neue  
Jahr!*

